

"Kanonen u n d Butter, das geht nicht"



konstatierte Clemens Fuest, Präsident des oft als unternehmernahe bezeichneten ifo-Instituts. Klar, wofür er plädiert! Für Kanonen natürlich! Was sich in weiteren sozialen Kürzungen niederschlagen wird.

„Politik ignoriert soziale Schieflage in Deutschland“

Das rügt dagegen der Europarat in seinem kürzlich veröffentlichten Bericht, nach dem deutsche Politiker die Verletzung grundlegender sozialer Menschenrechte anderswo gerne anprangern, die soziale Schieflage hierzulande - Armut, Wohnungsnot, Ausgrenzung - hingegen am liebsten ignorieren. Diese hätten sich erneut zugespitzt, dagegen unternommen werde aber viel zu wenig.

"Soziale Rechte werden in Deutschland oft nicht als Grund- und Menschenrechte angesehen, die der Staat verwirklichen muss", moniert die europäische Menschenrechtskommissarin Dunja Mijatović. Ein miserables Zeugnis für den angeblich demokratischen EU-Vorzeigestaat.

Die hohe Zahl von Menschen, die hierzulande von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen seien, stehe "in keinem Verhältnis zum Wohlstand des Landes". Der politische und mediale Diskurs jedoch gleiche einer Hetzkampagne gegen arme Menschen, auch gegen Bürgergeldbezieher, wonach sie ausschließlich selbst schuld an ihrer Lage seien.

(siehe hierzu: Europarat: Soziale Menschenrechte in Deutschland nur unzureichend verwirklicht [ogy.de/crlv](https://www.ogy.de/crlv))



Der Sozialrechtsexperte Harald Thomé vom Verein "Tacheles" bekräftigte diese Warnungen und tadelte: Statt sich um effektive Gegenmaßnahmen zu bemühen, gössen Bundesregierung und ein Teil der Opposition weiter Öl ins Feuer. Die deutsche Regierung müsse "alle zur Verfügung stehenden Mittel ergreifen, um Obdachlosigkeit (u. a.) zu verhindern und zu beseitigen".

Herr Fuest hat recht bezüglich der Situation, aber nicht bezüglich der Lösung. Schon reden viele Bundespolitiker über ganz andere Zahlen. Wenn künftig bis zu 3,5 % des BIP, also derzeit 175 Mrd. Euro (2015: 38,2 Mrd., 2021: 56,5 Mrd., von wegen „Bundeswehr kaputt gespart“), dazu zu den 100 Mrd. Sonderschulden noch 200 weitere hinzukommen sollen, dann wird dieses Geld eben für die „Butter“ fehlen.

Alleine die verheerende Wirkung der Rüstungskosten und der des Wirtschaftskrieges gegen Russland sind schon Grund genug, endlich einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen zu fordern. Und eine Friedensordnung, in der die Sicherheitsinteressen aller, auch Russlands, berücksichtigt würden. Jede Verlängerung des Kriegs kostet noch mehr Menschenleben, verursacht weitere Zerstörung und birgt die Gefahr der Eskalation. Profiteure sind vor allem die Rüstungskonzerne. Dieser Krieg muss schnellstens beendet werden.

**NUR DER GEBALLTE WIDERSTAND, BESONDERS DER
BETROFFENEN KANN VERÄNDERUNGEN ERZWINGEN!**

WIR WOLLEN BUTTER s t a t t KANONEN!

Am 04.04.1949, vor 75 Jahren wurde die NATO gegründet. Kein Grund zum Jubeln!

Hastings Ismay, der erste NATO-Generalsekretär, witzelte einmal: Ziel des Bündnisses sei, "die Sowjets draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten".

Die Aufgabe der NATO bestand nie nur in der "Eindämmung des Kommunismus". An den Fronten der großen Kolonialkriege war die NATO häufig mit dabei, um den imperialen Einfluss der USA und Europas zu erhalten und weiter auszudehnen.



1955 verurteilte der indische Premier Nehru das Bündnis als "einen der mächtigsten Beschützer des Kolonialismus". Jahre später, nach der Zerstörung Libyens durch die NATO, nannte Kubas Präsident Fidel Castro das Bündnis "das perfideste Unterdrückungsinstrument, das die Menschheit kennt". (s. Progressive International Newsletter vom. 28.03.2024). Sämtliche Militärausgaben der NATO erreichten 2023 ein Allzeithoch von 1.100 Milliarden US-Dollar. Russland gab laut SIPRI im Jahr 2022 86,4 Milliarden US-Dollar für das Militär aus“

(Quelle ogy.de/mlhi)

**WIR FORDERN anlässlich dieses 75. NATO Jahrestag:
NATO RAUS AUS DEUTSCHLAND! DEUTSCHLAND RAUS AUS DER NATO!**

PALÄSTINA

Am 25.03.2024 wurde endlich eine Gaza-Resolution angenommen. Der UN-Sicherheitsrat fordert völkerrechtsverbindlich: sofortigen Waffenstillstand und Freilassung der Geiseln.

Wäre Israel hier seiner Verpflichtung nachgekommen, es hätte den brutalen Angriff auf ein Fahrzeug, in welchem dann sieben Menschen, tätig für eine Hilfsorganisation, umgebracht wurden, nicht gegeben. Keiner kann sich hier auf einen versehentlichen Angriff berufend herausreden.

Auch am 25.03.2024 verurteilte der UN-Menschenrechtsrat den als plausibel erachteten Völkermord Israels im Gazastreifen und empfahl u. a. folgende Maßnahmen:

1. Sofortiges Waffenembargo gegen Israel wegen Nichteinhaltung der vom IGH angeordneten Maßnahmen.
2. Sofortige Überweisung der Situation in Palästina an den Internationalen Strafgerichtshof
3. Sicherstellung, dass Israel sowie die Staaten, die sich am Völkermord in Gaza mitschuldig gemacht haben, den angerichteten kolossalen Schaden anerkennen, sich zur Nichtwiederholung verpflichten, Maßnahmen zur Prävention ergreifen und volle Wiedergutmachung leisten, einschließlich der vollen Kosten für den Wiederaufbau von Gaza;
4. internationale Schutzpräsenz zur Einschränkung der routinemäßig gegen Palästinenser gerichteten Gewalt.
5. Gesicherte Finanzierung des UN-Hilfswerks für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), damit es den gestiegenen Bedarf der Palästinenser im Gazastreifen decken kann.

(Quelle ogy.de/3qzpz)

Am 08. und 09.04.2024: **Anhörung Nicaraguas vor dem Internationalen Gerichtshof. Nicaragua verklagt Deutschland wegen „Komplizenschaft beim Völkermord in Gaza“**

Impressum: Aktiv für Frieden Bad Kreuznach,

V.i.s.d.P. Ursula Mathern, Bachstr. 24, 55627 Merxheim,

AFF-KH@gmx.de

<https://www.facebook.com/AktivfuerFriedenBadKreuznach> (Seite wird reaktiviert) Infostand am 1. Freitag monatlich von 15 bis 17 Uhr Fußgängerzone Bad Kreuznach im Anschluss i.d.R. Treffen im Wassersümpfchen 23, Bilder S. 2: Ostermarsch Büchel 2024

